1 D 20079 E

Stimme des Gewissens



Lebensschutz-Informationen /LSI

Herausgegeben vom

Weltbund zum Schutze des Lebens WSL-D
COLLEGIUM HUMANUM, Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V.

17. Jahrgang | Nr. 2 | Februar 1986

Challange – Die Herausforderung

„Herausforderer"-Challanger

So war der Projekttitel und die Losung des neuen Weltraum-Unternehmens der USA. Es bedarf keiner Versicherung, daß unsere menschliche Anteilnahme denjenigen gehört, die sich dieser Herausforderung zur Verfügung stellten und dabei ihr Leben verloren. Das gleiche Mitfühlen gilt den Menschen, die ihnen nahestanden.

Dennoch bleibt auch die Empfindung, daß hier einmal in höchst dramatischer Weise die Grenze aufgezeigt ist, über die menschlicher Wille nicht hinausdringen sollte. Wir haben vor den möglichen Folgen auf einem anderen Felde – dem des Umgangs mit der Atomenergie- aus der Umwelt- und Lebensschutzbewegung heraus auch in diesen Blättern immer wieder eindringlich gewarnt. Die von der Technik Besessenen haben jedoch behauptet, daß sie ihrer Sache durchaus sicher seien. Jetzt ist durch die eingetretene Katastrophe in der „Weltraum-Forschung" mit ihren letztendlich militärischen, d.h. zerstörerischen Absichten deutlich geworden, daß es eine solche Sicherheit nicht gibt.

Uns erscheinen die Gedanken, die dazu in einem Leitartikel der „WELT" vom 29.1.1986 ausgesprochen werden, den Kern der Sache zu treffen. Mit der Folgerung dieses Aufsatzes vermögen wir allerdings nicht übereinzustimmen: Wann endlich lernt „Prometheus", daß es „Grenzen der Menschheit" gibt, wie Goethe eines seiner philosophischen Gedichte nannte?

„Denn mit Göttern soll sich nicht messen irgend ein Mensch". Ist uns nicht das „Menetekel" buchstäblich an den Himmel geschrieben worden? Wird diese „Herausforderung" endlich zu einer radikalen Umkehr im Planen und Handeln führen?

Dann wäre das Opfer der amerikanischen „Astronauten" nicht umsonst gewesen.

Werner G. Haverbeck

Herausforderung

KOMMENTAR aus „DIE WELT" vom 21.1.1986

Sie standen fassungslos vor den Computern und starrten vor sich hin. Eine Viertelstunde herrschte Totenstille. Diese Szene im Raumkontrollzentrum Houston, unmittelbar nach der größten Katastrophe der amerikanischen Raumfahrt, beschreibt den Fall des Prometheischen, des „vorausdenkenden" Menschen. Ein winziges Detail der Himmelsmaschine versagt, ein winziger Kontakt leitet falsch – und im Feuerball zerstiebt der materialisierte Traum.

Tritt der Gedanke, daß die Überwindung der Schwerkraft, die Eroberung kosmischer Dimension zu den hybriden Unternehmungen der modernen Menschheit zählt, nur im Augenblick der Katastrophe hervor? Sicher nicht. Der Gedanke an das tödliche Scheitern ist allgegenwärtig, er drückt sich in der Freude und Erleichterung über das Gelingen aus, er lebt in der beherrschten Angst, er wird von Erfolg und Ehre nur überdeckt, er gehört zur Unerbittlichkeit rationaler Kalkulation. Wenn dann das Feuer ausbricht, erreicht die Angst den Erstarrungspunkt des Entsetzens, den langen Augenblick grundsätzlichen Zweifels.

Die Amerikaner und Sowjets haben für den Vorsatz, den Erdkreis zu überwinden und sich in der Schwerelosigkeit niederzulassen, einen hohen Preis bezahlt. Die Herausforderung, wie der Name der explodierten Fähre symbolisch lautet, kostete Menschenleben, zerstörte Hoffnungen, verursachte gewaltige finanzielle Verluste.

Sie vermochten die Dynamik, die Erde unter sich zu lassen, Stationen im All zu bauen und eine riesige Industrie ins Rennen zu bringen, nicht zu entmutigen. Denn die Risiken sind definierbar, in diesem Sinne begrenzt. Die Untersuchung aller Unglücksfälle ergab, daß ausschließlich ein Versagen der Technik, der Organisation oder der Apparate-Bedienung in die Katastrophe geführt hat.

Daß es sich dabei um korrigierbare Mängel handelt, mag im Angesicht des Feuerballs über dem Himmel von Cape Canaveral oberflächlich und unbelehrbar klingen. Die moderne Technologie und die Intentionen der Wissenschaft und Politik, die sie wie riesige Zündsätze antreiben, bieten grundsätzlichen Zweifeln am Sinn der Unternehmen keinen Raum.

Hybris ist ein Teil des menschlichen Wesens, sie gibt Zeugnis auch dann, wenn eine über dem Epizentrum des Bebens zerstörte Stadt nach kurzer Zeit an derselben Stelle wiederersteht. Die Raumfahrt wird weitergehen. Und doch ist das Geschehen mehr als ein Rückschlag. Es ist eine Mahnung an die Grenzen menschlicher Voraussicht.

Herbert Kremp

Prioritäten des Wahnsinns

Herrn Kardinal Erzbischof Dr. Höffner, Köln und dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche Deutschlands, Landesbischof Dr. Kruse, Hannover, überreiche ich den untenstehenden Bericht mit der Frage, was diese für den Schutz der ihnen anvertrauten Herde zu tun gedenken, damit den von Macht, Besitzgier und Haß erfüllten Regierenden dieser Welt die Möglichkeit entzogen wird, uns, unter dem Gelächter der Hölle, in den Untergang zu führen? – Noch ist es nicht zu spät.

Hochachtungsvoll

Herta Schneider, Klausenburger Str. 19, 85 Nürnberg 30

Liebe „Stern"-Leser!

Seit der zweite Weltkrieg zu Ende ging, haben die Mächte, die über Atomwaffen verfügen, mindestens 3.000.000.000.000 Dollar, das sind umgerechnet etwa 7,32 Billionen Mark, ausgegeben, um 16.000 Megatonnen atomarer Explosivkraft anzusammeln, mit deren Hilfe jeder Mensch, der auf der Erde lebt, zwölfmal getötet werden kann.

Wahnsinn? Natürlich ist das Wahnsinn. Aber es ist nicht fair, ihn nur den Politikern anzulasten, die ihn schufen: Es gehörten Völker zu diesem Wahnsinn, die ihn zuließen.

Die Staaten der Welt geben jährlich 800.000.000.000 Dollar aus, das sind etwa 1,9 Billionen Mark, um für oder gegen irgend etwas „gerüstet" zu sein. Immer raffinierter wird die Rüstung, immer effizienter, immer mehr „sophisticated" – in einer Zeit, in der einer von drei Weltbürgern nicht lesen und nicht schreiben kann und jeder vierte Mitmensch hungert.

Unmenschlich? Sicher ist das unmenschlich. Aber ehe wir anklagen und Verantwortung zuweisen: **Wann haben wir das letztemal gegen Rüstungsausgaben protestiert, die nicht mehr verantwortbar sind? Oder wann gegen den Hunger in der Welt? Wann haben wir gesagt: Mit uns nicht mehr?**

Im Laufe eines Jahres investiert die Sowjetunion, die in weiten Teilen eher ein ärmliches Entwicklungs- als ein prosperierendes Industrieland ist, in die militärische Verteidigung ihrer unsäglichen „sozialistischen Errungenschaften" mehr Geld, als alle Entwicklungsländer der Welt zusammen für die Erziehung und Gesundheit ihrer 3,6 Milliarden Bewohner aufbringen können.

Pervers? Gewiß ist das pervers. Aber haben wir uns nicht längst daran gewöhnt, daß „Perversität" zuweilen nur ein anderes Wort für „Realpolitik" ist?

Die Vereinigten Staaten, die der Welt so gern moralische Führung geben möchten und 35 Millionen US-Bürger in Armut leben lassen, zahlen für den Normalbetrieb nur eines Flugzeugträgers – sie haben 15 dieser waffenstarrenden Monstren – an jedem Tag, den Gott werden läßt, 590.000 Dollar, das sind ungefähr 1,4 Millionen Mark. Gleichzeitig sterben allein in Afrika, vor dessen nördlichen Küsten die Flugzeugträger der 6. US-Flotte kreuzen, täglich 14.000 Kinder an Hunger oder an Krankheiten, von denen sie nicht befallen würden, wären sie nicht durch Unter- oder Fehlernährung geschwächt. Für SDI, die Armierung des Weltalls, wollen die Amerikaner Beträge verpulvern, die selbst die immensen Investionen der Rüstungsvergangenheit wie Kleingeld erscheinen lassen.

Obzön? Ja, das ist obzön wie die Tatsache, daß auf je 43 Bürger unserer Erde ein Soldat kommt, aber auf je 1.030 Menschen ein Heilkundiger.

Die Zahlen, auf die ich mich berufe, entstammen dem Buch **„World Military and Social Expenditures", das Ruth Leger Sivard** *schrieb. Sie war einmal Mitarbeiterin der US-Behörde für Rüstungskontrolle, wo sie wohl ihre Lektion über das lernte, was die Regierenden für Vernunft halten. Jetzt arbeitet sie für eine Organisation in Washington, die sich, wie passend „World Priorities Inc." nennt.*

Prioritäten – weshalb fällt es eigentlich den Politikern so schwer, sie zu erkennen? Was ist das für ein mörderischer „Realismus", der sie leitet? Und wer sind wir, daß wir sie gewähren lassen?

600.000 Hektar Land in der Bundesrepublik Deutschland werden für militärische Zwecke genutzt, aber nur 220.000 Hektar sind Naturschutzgebiet – warum widersprechen wir nicht? Für den Umweltschutz, also für die Verteidigung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, sind nach einer Berechnung des Bundestagsabgeordneten **Joachim Müller** *im 263,9 Milliarden Mark umfassenden Bundeshaushalt des Jahres 1986 nur 0,6 Prozent vorgesehen, für die militärische Verteidung dagegen, bei der es längst darum geht, daß nun endlich jeder Erdenbürger dreizehnmal getötet werden kann, stolze 19 Prozent –* **dürfen sich unsere Regierenden dabei wirklich auf den Willen des Volkes berufen?**

Auch auf Ihren?

Herzlich Ihr

Rolf Winter **„Stern" Heft Nr. 4/86**

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben die Auffassung der Autoren wieder und nicht unbedingt die Meinung der Redaktion.

Aus dem Inhalt **Seite**

Hinweis:
Da immer noch Bildunterschriften eingehen, werden wir erst in der Nummer 3 unserer Zeitschrift über die beste Bildunterschrift berichten.

Waldschäden durch kerntechnische Anlagen?

– Eine Literaturstudie erregt Aufsehen –

Der Biologe **Prof. Dr. Reichelt,** Donaueschingen, hatte in Untersuchungen in Süddeutschland und Ostfrankreich auch in der Umgebung kerntechnischer Anlagen starke Waldschäden festgestellt und darüber berichtet (Anfang 1984). Der anhaltende Streit über seine Aussagen, die in der Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen erregten, veranlaßte das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten Baden-Württemberg, Prof. Dr. Dr. **Helmut Metzner,** Direktor des Instituts für Chemische Pflanzenphysiologie der Universität Tübingen, zur Frage etwaiger Zusammenhänge zwischen Kerntechnik und Waldsterben mit einer Literaturstudie zu beauftragen.

Die im Juli 1985 fertiggestellte erste Fassung der Studie „Waldschäden durch Kernkraftwerke?" wurde unautorisiert verbreitet. Vor allem die Veröffentlichung **„Ist Atomenergie so sauber, wie oft behauptet wird?"** in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 20. Juni 1985 löste eine Flut kontroverser Reaktionen aus.

Die vorzeitige Verteilung zahlreicher Kopien der Erstfassung der Studie brachte aber **Prof. Metzner** von vielen Seiten auch Material ein, das ihm vorher nicht zugänglich war. Nur ein Teil der betreffenden Hinweise konnte in der Erfassung der Studie mit dem erweiterten Titel „Waldschäden durch kerntechnische Anlagen?", September 1985, berücksichtigt werden.

Die Studie erfährt aufgeregte Ablehnung durch die Befürworter und freudige Zustimmung durch die Kritiker der Kernenergie.

Die Nervosität bei Kernkraftwerksbetreibern gipfelte in der Androhung gerichtlicher Schritte gegen Prof Metzner. Die Landesregierung Baden-Württemberg prüft groteskerweise die haftungsrechtliche Verantwortung für die in der Presse als „Gutachten" hochgespielte Literaturstudie. Da bleibt – wie so oft in der Kontroverse um die Atomenergie – nur noch der Stoßzeufzer „Oh sancta simplicitas".

Der Zweck einer Literaturstudie – darüber sollte eigentlich allseits Klarheit herrschen – ist die Zusammenstellung unterschiedlicher Aussagen zu einem Thema und kein Gutachten, geschweige denn eine wissenschaftlich verbindliche Lösung der Probleme.

Am wenigsten Anlaß, auf die Literaturstudie Prof. **Metzners** gereizt zu reagieren, hätten die Protagonisten der Atomenergie. Die Atom-Zunft ist nicht wählerisch in ihren Mitteln, wenn es gilt, die öffentliche Meinung auf die nukleare Großtechnik einzustimmen, reagiert aber erstaunlich empfindlich, wenn ihre Thesen in Frage gestellt werden.

Das **Battelle-Institut** Frankfurt/Main, selbst Mitglied des Deutschen Atomforums, testiert der Propaganda für die Kerntechnik, besser könne man – insgesamt gesehen – die „Infantilisierung eines Passivbürgers" nicht ausdrükken (Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie, Juni 1977).

Einer der weltweit renommierten Sachkenner der nuklearen Szene, Prof. Dr. **Karl Z. Morgan,** (USA), häufig als „Radiologiepapst" unserer Zeit apostrophiert, u.a. 20 Jahre lang Vorsitzender der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP) und des Nationalen Strahlenschutzrates der USA, wirft den Befürwortern der Atomenergie vor, die Kontroverse um die Kerntechnik habe sich entwickelt, weil viele Personen in der **Nuklearindustrie** und in den **zuständigen Regierungsstellen** in nicht ratsamer Weise proklamiert hätten, **es gäbe kein Strahlenrisiko:** „So if the proponents of nuclear energy had been more reasonable in their claims about radiation safety, they would not now be trying desperately to safe face..." (Wenn deshalb die Befürworter der Atomenergie bei ihren Behauptungen über die Strahlensicherheit **glaubwürdiger** gewesen wären, müßten sie jetzt nicht so verzweifelt versuchen, ihr Gesicht zu wahren). (THE BULLETIN OF THE ATOMIC SCIENTISTS, SEPT. 1978).

Auch die Gerichte werden allmählich skeptisch gegenüber den Praktiken der Kernspalter. Die Bundesverfassungsrichter **Dr. Simon** und Prof **Dr. Heußner** kritisierten die Tendenz atomrechtlicher Genehmigungspraxis: „Das Ausgangsverfahren ist geradezu ein Lehrstück für eine Verfahrensgestaltung, die zwar eine reibungslose Durchführung des behördlichen Verfahrens erleichtert, die aber die Mitwirkungsrechte betroffener Bürger überspielt und deren ohnehin vorhandene Ohnmachtserfahrungen gegenüber Staatsapparat und einflußreichen Interessenten bestätigt" (Zum Schluß des Ersten Senats v. 20. Dez. 1979 betr. Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich, 1BvR 385/77).

Nicht zuletzt dürfte auch dem Hinweis des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. **Ernst Benda,** besondere Bedeutung zukommen. Er spricht mit Blick auf die Befürworter der Kerntechnik von „sogenannten Sachverständigen". Die Wissenschaft habe mit ihren Prognosen eigentlich immer schief gelegen: „Dahinter stecken gewaltige Fehlentscheidungen der politischen Parteien, aber die größte Fehlentscheidung war wahrscheinlich, sich auf den sogenannten Sachverstand der Wissenschaft zu verlassen" (Interwiev mit dem Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL, Nr. 4 v. 23. Januar 1984).

Prof. Metzner erteilt allen Mundwerkern eine Abfuhr, die entweder in Unkenntnis seiner Stellungnahme, bei mangelndem Verständnis oder in bewußter Ignoranz des Sinnes einer Literaturstudie, die Dreckschleuder gegen ihn betätigen:

> *„Natürlich werden interessierte Vertreter der kerntechnischen Industrie und der Energieversorgungsunternehmen „Emissionen aus Kernkraftwerken für die Waldschäden bedeutungslos" halten... sonst sollten sie den Betrieb von KKW nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Sie halten die Reichelt'sche Hypothese für „wohl kaum geeignet, die umweltfreundliche Art der Stromerzeugung in Kernkraftwerken in Mißkredit zu bringen" (S. 9/10 der Literaturstudie).*

Es sei die Zwischenbemerkung erlaubt,daß unter einer Hypothese eine Annahme zuverstehen ist, die versuchsweise einer wissenschaftlichen Untersuchung zugrundeliegt. Erst der Gang der Untersuchung wird darüber befinden, ob und wieweit die Hypothese von der Realität bestätigt wird. Wieviele Hypothesen der Kernenergie-Enthusiasten harren noch heute ihrer Rechtfertigung?

Prof. Metzner fährt fort:

> *„Wer eine Arbeit, noch bevor oder unmittelbar nachdem er sie gelesen hat, den 'Legenden und Sagen' zuweist oder sie unter die 'Erkenntnisse aus des Ökologen Gruselbuch' einreiht, wer zur Glosse oder – wie das* **Deutsche Atomforum – zum reinen Rufmord** *glaubt greifen zu müssen, trägt nur zur weiteren Polemisierung der Auseinandersetzung bei und erweist jeder Bemühung um Sachlichkeit einen sehr schlechten Dienst" – Literaturstudie, S. 10).*

Im Abschnitt „Schlußbemerkungen und Empfehlungen heißt es u.a.:

„Der Autor möchte der Versuchung widerstehen, sich an dieser Stelle mit den – oft ebenso unsachlichen wie polemischen – 'Argumenten' gegen die vorzeitig bekannt gewordenen Teile dieser Studie auseinanderzusetzen. So sehr er bedauert, daß ein zumeist wenig sachverständiges Leserpublikum durch Informationsbroschüren, Leserbriefe und ähnliche Literatur manipuliert wird, so sehr ist er sich dessen bewußt, daß immer dann, wenn sich mächtige Interessenverbände angesprochen fühlen, die Grenze zwischen sachlicher Information und Werbung verfließt. Da sich die vorliegende Studie an einen völlig anderen Leserkreis wendet, glaubt der Autor, auf eine dieser Druckerzeugnisse verzichten zu können." (aaO, S. 126).

Die Haltung von **Prof. Metzner** läßt sich am besten durch den Standpunkt der Schweizer Bundesanstalt für Umweltschutz kennzeichnen, deren vorsichtige Stellungnahme sich nicht zuletzt aus dem Ergebnis einer vom World Wildlife Fund in Auftrag gegebenen Studie im Umkreis der Schweizer **AKW Beznau** (I u. II), **Gösgen** und **Mühleberg** erklärt. Dort wurden die Befunde Prof. Reichelts auf einer Fläche von 770 ha anhand von 380 Stichproben überprüft und in wesentlichen Punkten bestätigt:

„Immerhin hat die Schweizer Bundesanstalt für Umweltschutz in einem kürzlich erschienenen Bericht offen eingestanden, daß in der Frage eines möglichen Zusammenhanges zwischen Waldschäden und Radioaktivität 'nicht zuletzt ... auch abstimmungspolitische Interessen eine unvoreingenommene Sicht auf die aufgeworfenen Probleme verunmöglicht' haben. Es wäre der Bedeutung der diskutierten Fragen wohl angemessen, sich dem Votum der Schweizer Experten anzuschließen, denen die bis heute vorgetragenen theoretischen Überlegungen . . . nicht zu genügen scheinen' und die der Ansicht sind, daß 'die Frage ... ob und inwieweit radioaktive Emissionen aus Nuklearanlagen für Waldschäden mitverantwortlich sind ... weder mit ja noch mit nein beantwortet werden' kann" (Literaturstudie, S. 4, vgl. Bundesamt für Umweltschutz (Herausg.): Radioaktivität und Waldschäden, Schriftenreihe Umweltschutz Nr. 43, Bern 1985).

Es würde zu weit führen, hier mitzuteilen, welche Maßnahmen **Prof. Metzner** im einzelnen zur Klärung der Frage nach Zusammenhängen von Kernenergie und Waldschäden empfohlen hat.

Der baden-württembergische Umweltminister **Gerhard Weiser** als Auftraggeber der Literaturstudie hält „weitere wissenschaftliche Untersuchungen zu möglichen Vegetationsschäden im Wald durch radioaktive Stoffe für erforderlich".

Ein weiteres Forschungsvorhaben über die Auswirkungen von freigesetzten radioaktiven Isotopen der Edelgase – vor allem Xenon und Krypton – soll in Auftrag gegeben werden.

Ferner wurde vereinbart, in einem zweitägigen Kolloqium im Januar 1986 bei der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt (FVA) Fragen der Methodik zwischen FVA und Prof. **Reichelt** abzuklären. Bei Einigung soll eine Vorortkartierung der Waldbestände im Umkreis von 15 Kilometern um kerntechnische Anlagen vorgenommen werden (Badische Neueste Nachrichten (BNN), Karlsruhe, 5. Nov. 1985).

Es bleibt abzuwarten, zu welchen Ergebnissen Untersuchungen führen, die nach verbindlichen Regeln der Wissenschaft erfolgen. Bei weiterhin umstrittenen Tatbeständen und Wertungen muß die Antwort auf den Titel der Literaturstudie „WALDSCHÄDEN DURCH KERNTECHNISCHE ANLAGEN?" der gerichtlichen Verpflichtung zur Aufklärung des Sachverhaltes von Amts wegen (§ 86 der Verwaltungsgerichtsordnung) und richterlicher Beweiswürdigung überlassen bleiben.

Versuche von Protagonisten der Kerntechnik, **Prof. Metzner** öffentlich zu verunglimpfen, beweisen nur deren Stillosigkeit und Unkenntnis über Sinn und Zweck von Literaturstudien.

Derartige Versuche verschärfen lediglich die öffentliche Kontroverse um die Kerntechnik und tragen dazu bei, das Vertrauen in unsere Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung insgesamt abzubauen.

Ewald Gaul, Dr. jur.

„Vorerst kein neues Kernkraftwerk nötig –

Noch mehr Spitzenstrom aus Österreich"

(Gekürzte Wiedergabe)

fjs. Stuttgart. Die Energieversorgung Schwaben (EVS) richtet sich darauf ein, daß sie ihre elektrische Leistung bis 1995 jedes Jahr um zweieinhalb Prozent steigern muß, in absoluten Zahlen sind das etwa 70 Megawatt. Das bedeutet für den größten Energieversorger im Land, daß er vor Mitte der neunziger Jahre keine zusätzliche Kraftwerksleistung bereitstellen muß. Der Vorstandsvorsitzende, Professor **Peter Heidinger,** gab damit auch indirekt einen Hinweis, daß es der EVS mit dem Bau des umstrittenen Kernkraftwerks Wyhl in Südbaden nicht so sehr eilt.

Im Augenblick könnte die EVS den Strom aus einem zusätzlichen Kernkraftwerk mit 1300 Megawatt elektrischer Leistung nicht am Markt unterbringen. Wenn man für Bau und Vorbereitung eines Reaktors acht Jahre ansetzt und frühestens 1995 zusätzliche Kraftwerksleistung benötigt wird, so bleiben noch zwei Jahre Zeit, bis über einen weiteren Atommeiler und damit über Wyhl entschieden werden muß. „Wir möchten uns heute nicht festlegen", sagte jedenfalls Heidinger.

Während über mögliche Projekte in Deutschland gesprochen wurde, hatten die Beteiligten allerdings die Realität österreichischer Baustellen vor Augen. Im hinteren Zillertal oberhalb von Mayrhofen entsteht derzeit einer der letzten großen Alpenspeicher. Die 186 Meter hohe Staumauer wird in diesen Wochen fertig. Bis 1987 sollen die beiden Turbinen, die mit dem Wasser des Stausees betrieben werden, 350.000 Kilowatt (350 Megawatt) Leistung bringen, und zwar Spitzenstrom, der gerade zu Zeiten der höchsten Belastung im Winter auch nach Baden-Württemberg fließen wird.

Die Österreicher bauen dieses gewaltige Projekt von umgerechnet 1,07 Milliarden Mark mit deutscher Kapitalhilfe. Die EVS hat für die Tauernkraftwerke AG einen Kredit von 670 Millionen Mark besorgt und trägt dafür Zins und Tilgung. Als Gegenleistung steht ihr die Hälfte der Kraftwerksleistung zur Verfügung. Für den Strom, den sie aus dem Zillertal bezieht, muß sie nur die Hälfte der Betriebskosten (Löhne, Instandhaltung, Steuer) bezahlen. Der neue Speichersee liegt auf 1.850 Metern Höhe und hat ein Fassungsvermögen von 90 Millionen Kubikmetern. Zum Vergleich: der Schluchsee im Schwarzwald hat einen Inhalt von 140 Millionen Kubikmetern.

Doch nicht nur bei der Versorgung mit Spitzenstrom arbeitet die EVS mit den Österreichern zusammen, denn wie Vorstandsmitglied **Peter Schnell** erläuterte, sollen sich die Unternehmen auch mit Strom aus ihren Steinkohlekraftwerken gegenseitig helfen. Mit der Österreichischen Verbundgesellschaft wurde ein Tauschgeschäft vereinbart, das Störfälle überbrücken helfen soll.

Der Vertrag bezieht sich in Baden-Württemberg auf den Block VII des EVS-Kraftwerks in Heilbronn und in Österreich auf das Steinkohlekraftwerk Dürnrohr bei Wien, das wie Heilbronn VII demnächst in Betrieb gehen soll. Bei Ausfällen in einem dieser Kraftwerke steht dem Vertragspartner jeweils Leistung aus dem anderen zur Verfügung. Die Lieferungen werden nicht bezahlt, sondern mit Stromlieferungen ausgeglichen. Die EVS gehört zu den wichtigsten Geschäftspartnern der österreichischen Elektrizitätswirtschaft, sie nimmt etwa ein Drittel des Stromexports der Nachbarn ab.

Das geplante Atomkraftwerk in Wyhl, das vor 10 Jahren zum Symbol des Widerstands gegen die Atomenergie in der deutschen Bundesrepublik wurde, wird also noch lange – wahrscheinlich überhaupt nicht gebaut.

Denn das arme Österreich, das angeblich so viele kostbare Devisen für Stromeinfuhren aufwenden muß, liefert in Wirklichkeit der BRD so viel Strom, daß man sich dort den Bau von Atomkraftwerken ersparen kann!

Aus diesem Artikel geht überdies hervor, daß zwischen Österreich und der BRD ein ständiger Stromaustausch stattfindet.

Stuttgarter Zeitung, 5. September 1985

Wackersdorf

Die WAA (atomare Wiederaufbereitungsanlage)

Mit allen Mitteln versucht die bayerische Staatsregierung die WAA durchzudrücken:

A) Mit Lügen:

1) Die WAA würde entsorgen. Wahr ist vielmehr, daß die WAA den z.T. für Millionen Jahre gefährlichen Müll, für den es bislang kein Endlager gibt, mengenmäßig verfünffacht.

2) Die WAA bedeute Rcycling-Wirtschaft und mache die BRD von Uranimporten unabhängig. Ersters trifft nur minimal zu, letzteres ist, seit sich die USA aus Kostengründen zunehmend von der Kernenergie zurückziehen, überflüssig. Uran gibt es genug und die Brennstäbe aus der WAA sind 15 mal so teuer wie aus Natururan. Deshalb wird jeder von uns pro kWh von 1,5 Dpf. (DWK) bis möglicherweise 20 Dpf. (Öko-Institut) zusätzlich für die WAA aufbringen müssen. Für den Wald dagegen war damals ein Waldpfennig „nicht durchsetzbar".

3) Die WAA schaffe Arbeitsplätze. Wahr ist vielmehr, daß sie für die Oberpfälzer nur ca. 1.000 Dauerarbeitsplätze bringt, während im Arbeitsamt Schwandorf 26.000 Arbeitslose gemeldet sind. Sie gefährdet zudem 25.000 Arbeitsplätze in Landwirtschaft und Fremdenverkehr und mit der bislang veranschlagten Investitionssumme von 10 Milliarden DM könnte man bis zu 50.000 Arbeitsplätze in umweltfreundlicheren Bereichen schaffen.

4) Das in der WAA gewonnene Plutonium sei „nicht waffentauglich". Wahr ist vielmehr, daß Präsident Carter bereits 1976 eine WAA-Plutonium-Bombe zünden ließ. Wahr ist leider auch, daß 1995, dem geplanten Eröffnungsjahr der WAA der Atomwaffensperrvertrag ausläuft . . . und Strauß will, SDI.

B) Mit politischen Winkelzügen:

1) Der Raum Schwandorf wurde seit Jahren systematisch arbeitsarm gehalten.

2) Der gewöhnlich mit honorigen Professoren besetzte Regierungspräsidentenstuhl, wurde mit Karl Krampol besetzt, dem früheren Polizeipräsidenten von München und Vater der Schlägertruppe SEK (Sondereinsatzkommando).

3) Unser Oberpfälzer Verwaltungsgericht darf in Atomfragen nicht immer Recht sprechen, zuständig ist nur noch der „handverlesene" 22. Senat des VGH München, der schon häufig deutlich machte, daß wir uns vom Rechtsweg nichts erhoffen können. Auch die Hitlerei war formal ein Rechtsstaat.

4) Unser mutiger Landrat Schuierer (ein oberpfälzer Wilhelm Tell) wird über das neugeschaffene „Selbsteintrittsrecht des Staates" mattgesetzt.

5) im Landtag verhindert man verfassungswidrig einen WAA Untersuchungsauschuß.

6) Die Betreiberin DWK, deren Interesse an der WAA seit Jahren bröckelt, soll per Gesetz zum Bau der WAA gezwungen werden.

C) Durch Druck von Einschüchterung (bei Beamten) über Bespitzelung bis zur massiven Aufrüstung der Polizei läßt der Staat immer mehr die Maske fallen. Der Atomstaat ist notwendigerweise ein Polizeistaat.

Warum sind wir Oberpfälzer und zunehmend immer mehr Menschen der Bundesrepublik so vehement gegen die WAA?

1) Im Normalbetrieb gibt die WAA etwa ebensoviel Radioaktivität ab wie sämtliche BRD-Atomkraftwerke zusammen! Und 450 mal soviel wie ihre technische Konkurrentin, die Konditionierungsanlage zur Direktlagerung, die zudem nur einen Bruchteil der WAA kostet. (Karlsruher Zahlen).

2) Bei einem schweren Unfall kann (laut TÜV Köln) halb Europa verstrahlt und für unabsehbare Zeit unbewohnbar gemacht werden. Allein in der BRD rechnet man mit 30 Millionen Toten. Selbst wenn politische Stabilität gewährleistet werden könnte, sind Abstürze schwerer Flugzeuge, Erdbeben, Terrorismus und Krieg als Unfallursachen nicht ausschließbar. Selbst wenn unsere elektrifizierte Zivilisationsform existentiell mit der WAA verbunden wäre – sie ist es in keinster Weise – dürfen wir nicht die Verstrahlung im Normalbetrieb, die Verschärfung der Kriegsgefahr durch Proliferation der Atomwaffen, die Gefahr eines unvorstellbaren Unfalls dulden. Die WAA belastet uns, alle zukünftigen menschlichen Generationen und die gesamte Natur, auch wenn sich der Mensch dereinst verabschiedet haben sollte.

Unser bisheriger Widerstand gegen den Staat macht uns Mut. Bisher hat jeder Polizeieinsatz (abwechselnd prügelnd und „psychologisch") die Zahl der Besetzer anwachsen lassen: Freundschaftshaus (15.8.85) ca. 300, Hüttendorf I (16.12.) ca. 1.000, Hüttendorf II (7.1.86) ca. 3.000. Bei den Demonstrationen waren in München am 12.10. ca. 50.000, in Wackersdorf am 14.12. ca. 40.000 Demonstranten. Wir strafen Strauß Lügen, der meinte, er käme allein mit der bayerischen Polizei aus, und Hillermeier, dessen Prahlen, in Bayern gäbe es keine Besetzung über 24 Stunden, wir doppelt bzw. siebzehnfältig widerlegten. Die Oberpfälzer Bürger sind aufgewacht und halten rührend zusammen. Die Widerstandsideen sprudeln und wir haben wieder gelernt zu weinen: aus Wut und vor Freude.

Dr. Eberhard Klein, Höllmühle, Brennberg

„Bundesweiter Atomwiderstand"

Faschingstreiben und Pfingstcamp: Keine Angst vor Polizei

Gorleben (Ini). 150 Delegierte von 25 Antikernkraftgegnern in der Bundesrepublik haben am Wochenende in Trebel (Kreis Lüchow-Dannenberg) Widerstandskonzepte und Aktionen für die nächsten fünf Monate beschlos-

sen. Zum Abschluß der zweitägigen „Atommüllkonferenz" erklärte der Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Johannes Kempmann, am Sonntag, der Protest gegen alle atomaren Anlagen von Gorleben bis Wackersdorf werde nicht aufhören. Die Bewegung lasse sich nicht dadurch einschüchtern, daß die Konferenz in Trebel „pausenlos" von Polizeibeamten beobachtet worden sei, die die Autokennzeichen der Teilnehmer notierten.

Die Delgierten einigten sich auf zwei Schwerpunkte im kommenden halben Jahr. Zum einen soll der Widerstand auf dem Baugelände der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf weitergehen, zum anderen ist eine Kampagne gegen das in Gorleben befindliche atomare Endlager unter dem Motto „Es gibt keine sichere Entsorgung" geplant. In Wackersdorf soll vom 8. bis 12. Februar ein sogenanntes „bundesweites Faschingstreiben auf dem Bauplatz" stattfinden. Vom 17. bis 31. Mai ist ein Pfingstcamp in Wackersdorf geplant. Die Dauerpräsenz von AKW-Gegnern auf dem Baugelände bis dahin sei „selbstverständlich".

„Da es entgegen den Beteuerungen der Betreiber keine gesicherte Entsorgung des Atommülls gibt, setzen wir unsere Hoffnungen auf die bis März erwarteten Verwaltungsgerichtsurteile aus Lüneburg", erklärte Kempmann. Mehrere Bürger wollen geklärt wissen, ob das angewandte Planungsverfahren rechtlich zulässig ist. Am 17. Februar soll nach den Feststellungen der Bürgerinitiative die Rodung von 17 Hektar Wald in Gorleben beginnen. Auf diesem Gelände soll die 35 Meter hohe Salzhalde liegen, die aus dem für das Endlager bestimmten Salzstock gefördert werden wird.

„Auch die Rodung geschieht ohne Rechtsgrundlage, denn bis jetzt gibt es keinen Sonderbetriebsplan Salzhalde, den das Bergamt in Celle genehmigen müßte", meinte Kempmann. Vom 15. Februar an würden auf dem Endlagergelände Informationsveranstaltungen stattfinden. Am 8. Mai soll der Höhepunkt der Kampagne erreicht sein, wenn Autokonvois von zahlreichen Standorten für atomare Anlagen in Richtung Gorleben rollen sollen. Die Konferenzteilnehmer einigten sich auf ein „Endlager-Spektakel mit symbolischen Aktionen". Einen Tag später soll ein Ring um das Zwischenlager und um das Endlager gezogen werden.

Am 10. Mai rollt, so Kempmann, ein Konvoi zum Schacht Konrad bei Salzgitter. Um den Zusammenhang zwischen beiden Endlagern aufzuzeigen, soll ein sogenannter „Spaziergang" um die Schachtanlage Konrad stattfinden.

Bremer Nachrichten, 20.1.86

Aktion: „Europäische Jugend für den Wald"

Überall sind unsere Wälder bedroht – in den Tropen durch Erosion nach Kahlschlägen, in den Industrieländern besonders durch Schadstoffbelastung und Bebauung.

Über diese Probleme wird seit Jahren gesprochen, doch vergebens warten die Bürger auf entscheidende politische Maßnahmen; das Katalysatorauto ist insgesamt auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Unsere Wälder sind aber für uns lebenswichtig – sie sind das ausgleichende und schützende Glied der Natur. Durchgreifende Maßnahmen zur Rettung des Waldes, sollen sie noch rechtzeitig erfolgen, dürfen nicht länger aufgeschoben werden! – Daß wir auch in Zukuft lebende, grüne Wälder haben, ist eine Lebensvoraussetzung gerade für die junge Generation. Aus dieser Einsicht entstand, ausgehend von den skandinavischen Ländern, die Aktion „Europäische Jugend für den Wald". Nach einem ersten europaweiten Treffen in Wien im November 1985 trafen sich Ende Januar in Brühl Vertreter zahlreicher deutscher Umweltverbände und Jugendbünde, um den deutschen Beitrag zu dieser internationalen Jugendunternehmnung vorzubereiten:

Geplant ist, daß im Anschluß an den Deutschen Umwelttag in Würzburg (6.-8.7.1986) zwei Informationsbusse durch Deutschland fahren, um die Bevölkerung zu unterrichten, welche Gefahren unserem Wald – und damit uns selbst – drohen, und was jeder von uns dazu beitragen kann, um die Umweltkatastrophe noch zu verhindern. Gleichzeitig werden ebensolche Fahrten durch zahlreiche andere west- und osteuropäische Länder durchgeführt. Am 18./19. Juli treffen dann Jugendgruppen der verschiedenen Teilnehmerländer in Freiburg zu gemeinsamen Veranstaltungen zusammen, vorgesehen sind: Waldführungen im besonders vom Waldsterben betroffenen Schwarzwald, eine Podiumsdiskussion zwischen Politikern und Fachleuten sowie eine Fahrt zum Europa-Parlament nach Straßburg.

Wer mehr über die Aktion „Europäische Jugend für den Wald" wissen will oder selbst daran mitwirken möchte, wende sich an:

Dierk Möller, Am Wendespring 8a, 3400 Göttingen, Fernruf: (0551) 31102.

Eine kostenlose Informationsschrift über das Waldsterben und seine mögliche Verhinderung kann angefordert werden bei:

Stiftung „Wald in Not", Wielandstr. 4, 5300 Bonn 2.

Peter Schmitz

Brand vom Schnellen Brüter von Werksfeuerwehr gelöscht

Kalkar AP). Bei Wartungsarbeiten am Natriumkühlkreislauf des Schnellen Brüters in Kalkar ist es gestern zu einem Brand in einem Dampferzeugerhaus gekommen. Wie Direktor Werner Knoop auf Anfrage mitteilte, war bei Reparaturen an einem Absperrventil Natrium ausgetreten, das sich entzündete. Erst nach 90 Minuten gelang es der Werksfeuerwehr das Feuer zu löschen.

Die Schadenshöhe war laut Knoop am Donnerstag abend noch nicht absehbar, da die durch den Brand entstandenen Gase eine genaue Untersuchung der Unfallstelle unmöglich machten. Personen kamen jedoch nicht zu Schaden. Bereits in der Vergangenheit hatten Probleme mit dem Natriumkühlkreislauf des Schnellen Brüters wiederholt zu Bränden geführt.

Ap-Meldung vom 7.1.86

Sevesokatastrophe in Basel?

Es gilt eine Neuauflage der Seveso-Katastrophe in Basel zu verhindern!

Die Folgen des Austritts des hochgiftigen Gases Tetrachlordibenzoparadioxin, in Kürzel TCDD, für die italienische Gemeinde Seveso sind aus dem Bewußtsein der breiten europäischen Öffentlichkeit nicht zu löschen. Dementsprechend muß zumindest als befremdend die stillschweigende Duldung von Regierungsstellen und der Führung des Ciba Geigy Konzerns der Lagerung von 27 Fässern mit dem TCDD im Objekt des genannten Unternehmens mit dem Ziel ihrer Vernichtung. Die Überführung der TCDD Fässer nach Basel hat der weltweite Multi Hoffmann-La Roche, der die aufgeregten Gemüter in Italien mit der Behauptung beschwichtigen wollte, die gefährliche Substanz befände sich nicht mehr auf italieni-

schem Gebiet, veranlaßt. Die Lagerung der Fässer in Basel wird vor der Öffentlichkeit peinlich genau geheimgehalten, denn die endgültige Entsorgung erscheint mehr als problematisch.

Die TCDD-Fässer sind in größere Fässer eingeschlossen worden, die aber in die Verbrennungsanlage von Ciba Geigy einfach nicht hineinpassen. Die äußeren Fässer aufzubrechen ist aber ein recht gefährliches Unterfangen, da es sich nicht feststellen läßt, ob die ursprünglichen Fässer nicht leck sind und der Zwischenraum verseucht ist. Bei der Entfernung der äußeren Hülle käme es dann zu einem unkontrollierbaren Entweichen des Giftgases. Die Korrosionsbeständigkeit der äußeren Fässer ist auch eine bange Frage.

Leider auch die Verbrennung selbst birgt eine Gefahr. Es ist nicht auszuschließen, daß der bei der Verbrennung entstehende Rauch bestimmte TCDD-Mengen umhüllt, sie vor der Einwirkung der Flammen abschirmt und in die Luft mitreißt. Die Folgen kämen der Seveso-Katastrophe gleich. Bei ungünstigen Witterungsbedingungen würden viele Kilometer des umliegenden Geländes verseucht.

Der Ciba Geigy Konzern ist vor allem mit seinen pharmazeutischen Erzeugnissen bekannt. Es ist daher befremdend, daß auf seinem Gelände unter unzureichenden Sicherheitsbedingungen ein hochgiftiges Gas gelagert werden kann, das bei einem unkontrollierbaren Austritt die ganze Produktion entwerten kann, ganz geschweige von einer dauerhaften Verseuchung der ganzen Anlage.

Die Regierungsstellen in den USA und in Frankreich sind über die möglichen Folgen eines TCDD-Austritts sehr gut im Bilde (der Stoff ist bei der Entlaubung in Vietnam eingesetzt worden) und deshalb verfahren sie nach der Losung: „Alle gefährlichen chemischen Stoffe auf dem Gebiet anderer Staaten lagern!"

Es gilt der weiteren Zerstörung unserer Natur, die schon mehr als genug unter den unüberlegten Entscheidungen mancher Leute zu leiden hat, Einhalt zu gebieten!

Keine Lagerung von Gift- und Kampfstoffen, die sämtliche Lebewesen zerstören!

Komentar:
Vor allem: keine Produktion von derartigen Stoffen, die offensichtlich keinen Platz auf dieser Erde haben.

Symbolische Umnachtung

In der Bundeshauptstadt herrscht „symbolische Umnachtung". so bezeichnet der Hamburger Wissenschaftssenator Prof. Klaus Michael Meyer-Abich die übliche Arbeitsatmosphäre der Bonner Politiker in klimatisierten Räumen, in denen auch am Tage die Vorhänge geschlossen seien und elektrisches Licht brenne.

Meyer-Abich, der bis zu seiner Berufung zum Hamburger Senat an der Universität Essen Naturphilosophie lehrte, sagte am Montagabend in der Kieler Universität, die meisten Politiker hätten keinerlei persönliche Erfahrung mit der Umweltzerstörung und nähmen sie auch nicht ernst genug. Fensterlose Räume mit Klimaanlagen seien Paradebeispiele für die Isolierung von dem Naturzusammenhang. Eine unmittelbare Naturwahrnehmung sei aber die Voraussetzung für ein künftig noch wichtiger werdendes Leben im Einklang mit der natürlichen Welt.

Die Sinne des Menschen zum Erleben seiner nächsten Umgebung seien verkümmert. Diese Entwicklung ist nach Ansicht Meyer-Abichs im Bonner Regierungsviertel auf die Spitze getrieben worden.

(Frankfurter Rundschau, 6.11.85)

Krebsgefahr aus dem Kernreaktor

Wissenschaftler ermittelten alarmierende Zusammenhänge

Ist das Krebsrisiko bei Mitarbeitern in Kernkraftwerken höher als bei Normalbürgern? Mit dieser Frage beschäftigten sich britische Wissenschaftler. Sie kamen dabei zu überraschenden Ergebnissen.

Aus Großbritannien kommt die alarmierende Nachricht, daß Mitarbeiter von Kernkraftwerken einem erheblich höheren Krebsrisiko ausgesetzt sind, als normale Bürger. Zugrunde liegt eine Studie des britischen medizinischen Forschungsrates. Danach sind 3.373 Todesfälle unter den 40.000 Männern und Frauen, die zwischen 1946 und 1977 bei der Atomenergiebehörde Großbritanniens beschäftigt waren, analysiert worden.

Das Ergebnis erschreckte Politiker, Wissenschaftler und Laien gleichermaßen. Bei einer Gruppe von 1.000 Arbeitern, die relativ hohen Strahlungen ausgesetzt waren, lag die Zahl der an Prostatakrebs Gestorbenen achtmal höher als im nationalen Durchschnitt. Bei Angestellten, die langfristig niedrigeren Strahlendosen ausgesetzt waren, war die Quote immer noch viermal so hoch wie bei der übrigen Bevölkerung. Auch die Todesfälle, die durch Leukämie, Schilddrüsen- und Hodenkrebs verursacht worden waren, lagen weit über dem Durchschnitt.

Bei Frauen, die über lange Zeit einer schwachen Strahlung ausgesetzt waren, machten die Wissenschaftler eine – wie es heißt – „größere Zahl von tödlichen Erkrankungen an Eierstock und Blasenkrebs" aus. Hier sei ein enger Zusammenhang – im Gegensatz zu Prostatakrebs – allerdings nicht eindeutig mit radioaktiven Strahlungen herzustellen.

Eggert Jessien

Der Industrie- und Handelsvertreter Würzburg, 34. Jahrgang, Nr. 1

Die politische Aufgabenstellung des Ökobankvereins

Contraste Dezember '85

Der Ökobankverein tritt in eine neue Phase. Diesen Schluß läßt der Verlauf der Delegiertenkonferenz zu, die am 16.11. in Nürnberg zum erstenmal zusammentrat. Die Delegierten zeigten sich in der Lage, die durchaus berechtigten finanziellen Forderungen ihrer Regionen vor dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Situation des Vereins so zu diskutieren und relativieren, daß am Ende ein Ergebnis stand, das beiden, den regionalen wie den zentralen Arbeitsbereichen die ihnen zukommende Bedeutung zuerkennt. Einzige Ausnahme der Landesverband Schleswig-Holstein, dessen Vorsitzender (wieder einmal) nicht in der Lage war, über Landesgrenzen hinauszublicken.

Es hat den Anschein, daß die Diskussionen und Auseinandersetzungen um Organisations- und Entscheidungsstrukturen in einem regionalisierten Verband erst einmal zu einer Plattform geführt haben, auf der jetzt die inhaltliche und politische Definition der Vereinsaufgaben beginnen kann.

In der Zuschrift des Aachener Architekten Helmut Creutz wird noch einmal deutlich, wie gering die rein wirtschaftliche Bedeutung der zukünftigen Ökobank sein wird und um wieviel bedeutungsvoller die politische Aufgabenstellung des Vereins also sein muß, um der Bank die Bedeutung zu geben, für die sie vorgesehen ist.

Liebe Ökobankfreunde!
als Mitunterstützer und alter Kooperativler freue ich mich über Euren zähen Einsatz und das Gedeihen Eures Projektes, wenngleich mich das langsame Anwachsen der 6 Mio Eigenkapitalmittel etwas enttäuscht, vor allem wenn ich daran denke, daß hinterher noch rund 100 Mio Einlagen erforderlich sind, wenn die Sache richtig ins Laufen kommen soll.

Als jemand, der sich seit nun sieben Jahren mit den geldordnungsbedingten Größen und Entwicklungen sowie den Auswirkungen der Währung auf Wirtschaft und Wachstum beschäftigt, hoffe ich, daß Ihr über Eure Aktivitäten die größenbezogenen Realitäten nicht aus dem Auge verliert, z.B.:

- daß die rund 100 Mio an möglichen Krediten gerade ein Zwanzigtausendstel (bzw. 0,00005%!) des derzeitigen gesamten Bankkreditvolumens ausmachen.
- daß Einlagen in Höhe von 20 Mrd. (= 20.000 Mio!) erforderlich wären, wenn man wenigstens 1% des gesamten Bankkreditvolumens erreichen wollte, was immer noch viel zu wenig sein würde, um das Geschehen in der Wirtschaft merklich zu beeinflussen.
- daß die Geldvermögen in der Bundesrepublik jedes Jahr um rund 200 Mrd. (= 200.000 Mio!) zunehmen und nur 14 Mrd. zusammenkommen, wenn sämtliche Arbeitnehmer nach dem 624-Mark-Gesetz „vermögenswirksam" sparen würden.

Noch erschreckender werden die Zustände, wenn wir die Gesamtverschuldung unserer Volkswirtschaft und deren Folgen einmal unter die Lupe nehmen, z.B.:

- daß die Gesamtverschuldung von Unternehmen, Staat und Privathaushalten seit 1950 fast dreimal schneller angestiegen ist als die volkswirtschaftliche Leistung und in wenigen Jahren das Doppelte des Bruttosozialprodukts erreicht.
- daß die öffentlichen Haushalte an jedem Arbeitstag rund 220 Mio Schuldenzinsen aufzubringen haben und daß alleine die des Bundes (inzwischen drittgrößter Haushaltsposten!) größer sind als alle Ausgaben für BAFÖG, Kinder-, Wohn- und Mutterschaftsgeld zusammengenommen,
- daß jeder bundesdeutsche Durchschnittshaushalt schon 1982 etwa 16.000 Mark ges. Zinslasten zu tragen hatte, davon ca. 800 Mark direkt (für Konsumentenkredite) und mehr als 15.000 DM versteckt in Preisen, Steuern und Gebühren,
- daß mindestens jede dritte ausgegebene Mark eine Zinsmark ist, für die wir keine Gegenleistung erhalten und daß jeder Beschäftigte schon 1982 etwa 12 Wochen im Jahr nur für die Schuldenzinsen arbeiten mußte (ca. DM 9.500), während es 1970 noch 7 und 1950 noch 3 Wochen waren.

Die bedrohliche Entwicklung der Verschuldung und der Schuldenzinsen (also ohne die Zinsen für das unverschuldete Sachkapital!) wird besonders deutlich, wenn man diese Größen mit denjenigen der Haushaltseinkommen vergleicht.

Nachhaltig kann man alle Probleme immer nur bei ihren auslösenden Ursachen bekämpfen, nicht durch Behandlung der Symptome. Dies gilt für die wirtschaftsbezogenen Probleme ebenso wie für die umweltbezogenen.

Gerade weil uns die Erfahrung gezeigt hat, daß – trotz aller Aktivitäten und Massendemonstrationen – die Miseren immer größer werden, im Umwelt-, Friedens- und Sozialbereich wie in der Dritten Welt, müssen wir wohl auf der Ursachenleiter noch einige Stufen tiefer steigen, wenn wir Erfolg haben wollen.

In diesem Sinne gute Wünsche **Helmut Creutz**

Wer sich dafür interessiert: Für DM 1,50 in Briefmarken kann von mir eine ausführliche Schrift über die Gesamtverschuldung in der BRD mit mehreren Grafiken bestellt werden, einschl. Liste weiterer leicht verständlicher Schriften über Währungs-, Wachstums- und Wirtschaftsfragen: Helmut **Creutz, Monheimsallee 99, 5100 Aachen,** Tel.: 0241/34280.

„Ein Heller und ein Batzen . . ."

Die Verschuldung von Gemeinden, Ländern und Bund nimmt ständig zu. Welch ungeheuren Ausmaße diese Schulden inzwischen angenommen haben, machen sich die Bürger kaum klar. Der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. jur. **Posser,** mußte in einem Fernsehinterview den „Beinahe-Staats-Bankrott" für NRW zugeben. Dies als reiches Bundesland angesehene Industriegebiet hat bei einem Gesamthaushalt von DM 57 Milliarden bereits Schulden in Höhe von 77 Milliarden. Für 1986 wird mit einer Neuverschuldung von 7 Milliarden gerechnet, so daß wir dann bereits bei 84 Milliarden Schulden angelangt wären. Dafür sind jährlich bei einem Zinssatz von 7% 5,8 Milliarden oder 5.880 Millionen zu zahlen. Das heißt, **täglich müssen 16,1 Millionen für Zinsen ausgegeben werden.** Wer macht mit diesem Geld Politik?

„Und wer soll das bezahlen?" Natürlich wir. Wieso? Indem durch Gesetze und Verordnungen der Bürger gezwungen wird, einen größeren Teil seines Einkommens in Form von direkten Steuern oder durch Gebühren und Preise dem Staat zu geben. Das heißt: wir werden ganz legal gezwungen, für die Mißwirtschaft der Regierungen geradezustehen, denn diese Mißwirtschaft ist in unserem Namen gemacht worden. In diesem Fall werden wir tatsächlich ernst genommen als oberster Souverän.

Für die Politik – gleich welcher Art – bleibt da fast nichts mehr übrig, einschließlich Umweltschutzmaßnahmen.

Sind wir nun eigentlich noch reich zu nennen?

In jedem Fall sind wir „reich" an Schulden, was in früheren Zeiten als Kennzeichen für Armut galt. Heute bleibt allenfalls: arm an Verantwortung und an haushälterischen Fähigkeiten.

Geradestehen für die Misere müssen in jedem Fall wir Bürger, nicht die sogenannten „Verantwortlichen da oben", die werden sogar wiedergewählt, weil niemand sonst Lust hat, unter diesen Umständen zu wirtschaften, denn von „regieren" kann da wohl kaum noch die Rede sein.

Dieses verantwortungslose Umgehen mit anvertrauten Geldern läßt sich jedoch nicht nur auf Regierungsebene beobachten, sondern genauso in vielen Kommunen und Vereinen.

Die Frage ist nur, wie lange sich das erwachsene Menschen gefallen lassen, wie lange sie ihre politische Mitverantwortung als Demokraten in dieser Weise auszuleben gedenken?

Angesichts dieser Sachlage fordert nun die Gewerkschaft 'Öffentliche Dienste' eine sechsprozentige Lohnerhöhung. Diese Löhne werden aus dem Steueraufkommen bezahlt. Bei einigem Nachdenken müßte der Gewerkschaft klar sein, daß sie ihre Forderung an sich selber richtet. Eine derartige Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst angesichts der Gesamtfinanzlage heißt nichts anderes als: Wir Gewerkschafter sind bereit, noch mehr Geld für Staatsschulden auszugeben, und mit uns sollen das auch alle anderen Bürger tun.

Wir nicht, nein danke! **UHW**

Landesverband Hamburg

Petitionen bezüglich Atomprozeßkosten

Liebe Freunde,

um zu versuchen, unsere in Atomprozessen unterlegenen Kläger von den z.T. unerträglich hohen Prozeßkosten zu entlasten, habe ich eine Reihe von Petitionen an den Deutschen Bundestag, an den Bundespräsidenten, an die Landtage der Flächenstaaten und an die Justizministerien eingereicht. Bis auf die Petitionen an die Landtage die noch nicht behandelt worden sind, liegen jetzt die Ergebnisse vor. Ich halte es daher für richtig, daß wir einen Zwischenbericht in den LSI veröffentlichen.

Vor dem Deutschen Bundestag war uns ein Teilerfolg beschieden. Bundestag und Bundesjustizministerium haben aus den der Petition beigefügten Berichten und Unterlagen den richtigen Schluß gezogen, daß das Kostenrecht in Verwaltungsgerichtsverfahren verbesserungsbedürftig ist, damit auch weniger gut betuchte Bürger ihr Recht vor Verwaltungsgerichten suchen können. Bis zum 1. Juni 1986 soll der Bundesminister der Justiz dem Bundestag über den Stand seiner Überlegungen berichten. Unserem Hauptanliegen, nämlich unsere Kläger von Kosten zu entlasten, war leider kein Erfolg beschieden. Auch der Herr Bundespräsident sah keine Möglichkeit helfend einzugreifen, hat sich aber mehrfach mit dem Bundesjustizministerium in Verbindung gesetzt.

Die Justizminister der Länder – für die Einzelfälle jeweils in ihren Bundesländern zuständig – sahen keine Möglichkeiten einer generellen Kostenentlastung. Wohl aber weisen alle auf Möglichkeiten der Hilfe im Einzelfalle hin:

Baden-Württemberg

Gemäß § 7 Abs. 2 Landesjustizkostengesetz für Baden-Württemberg können Gerichtskosten ganz oder teilweise erlassen werden,

1. wenn es zur Förderung öffentlicher Zwecke geboten erscheint,
2. wenn die Einziehung mit besonderen Härten für den Zahlungspflichtigen verbunden wäre oder
3. wenn es sonst aus besonderen Gründen der Billigkeit entspricht

Rheinland-Pfalz

Nach § 59 Abs. 1 Nr. 3 der Landeshaushaltsordnung darf eine Gerichtskostenforderung nur erlassen werden, wenn die Geltendmachung des Anspruchs für den Anspruchsgegner eine besondere Härte bedeuten würde.

Nordrhein-Westfalen

gleichlautend wie in Baden-Württemberg.
nach § 2 Abs. 2 des Gerichtsgebührenbefreiungsgesetzes von NRW vom 21. Oktober 1969 i.d.F. des Gesetzes vom 22.3.1977 (GV. NW. 1977 S. 136).

Niedersachsen

Die Antwort des Justizministeriums weist auf die Außerordentlich niedrige Streitwertfestsetuzung von 4.000 DM in atomrechtlichen Verfahren hin. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß Niersachsen im Krümmelprozeß einmal aufgrund einer Petition Kosten erheblich gesenkt hat.

Schleswig-Holstein

Gesetz über Gebührenfreiheit, § 2 vom 23. Dez. 1969 (GVOBl. Schl.-H. 1970, S. 4) gleiche Voraussetzungen und gleicher Text wie in Baden-Württemberg). Gesetz sieht keine Möglichkeit vor, daß das Land die ihm entstandenen Kosten, insbesondere Rechtsanwaltskosten oder die Kosten der Beigeladenen übernimmt.

Saarland

wie im Rheinland-Pfalz. Bisher keine atomrechtlichen Verfahren.

Bayern

Antrag wird noch geprüft, zuständig ist der Innenminister.

Hessen

noch keine Antwort.

Petitionsausschuß des Landtags von Baden-Württemberg:

Eine Zuständigkeit des Landtags wäre nur dann gegeben, wenn man im Einzelfall anstreben würde, Gerichtskosten, die bei einem Prozeßgericht in Baden-Württemberg angefallen sind, aus Billigkeitsgründen zu erlassen.

Sobald die Ergebnisse der Petionen an die Landtage insgesamt vorliegen werden, folgt ein Abschlußberichtt.

Interessierte Freunde bitten wir, sich wegen weiterer Einzelheiten (Anforderung von Kopien) mit **Herrn Riegel, Eschenholt 23, 2000 Hamburg 54, Tel. 545476)** in Verbindung zu setzen.

Arthur Riegel

Jahreshauptversammlung II. Teil

Die Jahreshauptversammlung am 30. Januar 1986 konnte nicht ordnungsgemäß beendet werden. Der alte Vorstand ist zurückgetreten. Die Fortsetzung der Jahreshauptversammlung findet statt am

Donnerstag, dem 6. März 1986 schon um 19.00 Uhr!
wieder im Hamburg-Haus am Doormannsweg,
Raum 13

Vorgesehene Tagesordnung:

1) Erörterung von Organisationsfragen
2) Wahl des neuen Vorstands
3) künftige Aktivitäten.

als Interimsvorstand

Heinz Böhmecke Anneliese Corcoran Arthur Riegel

Landesverband Niedersachsen

Liebe Freunde!

Unsere Jahreshauptversammlung 1986 findet am Sonnabend, dem 22. März 1986 um 10.30 Uhr in Walsrode (unweit Rathaus), Hermann-Löns-Saal statt. Wir möchten Sie zu dieser Mitgliederversammlung recht herzlich einladen.

Tagesordnung für die Mitgliederversammlung

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlußfähigkeit
3. Genehmigung des Protokolls zur Mitgliederversammlung vom 23. 3. 1985 in Northeim

4. Feststellung bzw. Wahl der stimmberechtigten Delegierten
5. Wahl des Versammlungsleiters und zweier Protokollführer
6. Bericht des Vorstands aus der Landesarbeit
7. Bericht des Schatzmeisters und der Kassenprüfer
8. Entlastung des Schatzmeisters und des übrigen Vorstands
9. Nachwahl des 1. Vorsitzenden und gegebenenfalls Ergänzungswahlen
10. Anträge
11. Verschiedenes.

(Bemerkung zu TOP 10: Anträge bitte 14 Tage vorher an untenstehende Anschrift einreichen. – Etwaige Beschlüsse, die sich aus den Anträgen ergeben, werden in den LSI April 1986 bekanntgemacht. Da der Gegenstand eventueller Anträge bei der Einberufung zur Versammlung nicht bezeichnet werden konnte, sind diesbezügliche Beschlüsse gültig, wenn nicht abwesende Mitglieder ihre Ablehnung bekunden.)

Abendveranstaltung: um 19.30 Uhr findet wiederum im Hermann-Löns-Saal eine Vortragsveranstaltung mit Gespräch zum Thema:

NATURSCHUTZ – EINE GEMEINSAME AUFGABE

statt. Vorgesehen sind ein einleitendes Referat und eine Aussprache, zu der Vertreter der am 2. Naturschutztag in Soltau beteiligten Vereinigungen eingeladen werden.

Mit den besten Wünschen für eine angenehme Anreise
im Namen des Landesvorstands
Dr. Martin Thurmann
Guerickestraße 10, 2120 Lüneburg, Tel. 04131/55126

Buchbesprechung

Günther Reichelt – Roland Kollert

Alternative Konzepte 52

Waldschäden durch Radioaktivität?
Synergismen beim Waldsterben
Verlag C.F. Müller, Karlsruhe 1985 16,80 DM

Ralph Graeub

Der Petkau Effekt und unsere strahlende Zukunft

Zytglogge Verlag 1985, CH 3073 Gümlingen 32,00 DM

Das markanteste Merkmal unserer ökologischen Notlage ist das Waldsterben. Beide Bücher befassen sich mit diesem Thema und ergänzen sich in glücklicher Weise.

Der Biologe Prof. **Reichelt**, der Kernphysiker **Kollert**, der Chemiker **Graeub** kommen in ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu dem gleichen Ergebnis – **der unbekannte zusätzliche Schadfaktor beim Waldsterben ist die Radioaktivität im Umkreis der Atomkraftwerke.**

Was die Bundesregierung aus erklärlichen Gründen nicht wahr haben will und daher auf Anfrage im Bundestag erklären ließ, daß Forschung in dieser Richtung nicht erforderlich sei, kann nun nicht mehr von der Hand gewiesen werden – die Radioaktivität aus den Atomkraftwerken verstärkt die Schäden am Ökosystem Wald im erheblichen Umfang.

Reichelt tritt den Beweis an durch eine neue systematische Schadensbewertungsmethode, nach der alle Orte in den Wäldern mit gleich hohem Schädigungsgrad durch Linien miteinander verbunden werden (Isomalen – vgl. auch Isothermen). Die Linienführung um die Atomkraftwerke als Emittenten lassen wesentlich erhöhte Schadbilder erkennen.

Kollert befaßt sich mit der künstlichen Luftionisation durch Freisetzung radioaktiver Edelgase aus Atomkraftwerken, mit dem Zusammenwirken von ionisierenden Strahlen und konventionellen Luftschadstoffen bis zur Bildung von Schwefelsäure bzw. Salpetersäure und mit der Entstehung von oxidativen Radikalen. Er stützt sich dabei auf die Erkenntnisse des indischen Atomforschers Vohra.

Graeub bespricht mit wissenschaftlicher Genauigkeit Wirkungen und Folgen niedriger radioaktiver Strahlendosen. Die Arbeiten des kanadischen Atomwissenschaftlers Petkau dienen ihm dabei als Grundlage. Petkau stellte schon 1972 fest, daß jede kleinste radioaktive Bestrahlung über einen längeren Zeitraum für die gesamte Lebewelt vielfach gefährlicher sein kann, als bisher angenommen. Besonders die Zellmenbranen werden hierdurch angegriffen und zerstört. Es ist zu befürchten, daß durch die Dauerbelastung mit niedrigen Strahlendosen der Grundprozeß im Lebenskreislauf, die Fotosynthese, bedroht wird. An Hand von statistischem Zahlenmaterial von 362 Quellen aus der ganzen Welt kommt er zu Ergebnissen, die auch einer offiziellen Politik in der Bundesrepublik, soweit sie noch als verantwortungsbewußt bezeichnet werden kann, Veranlassung geben sollte, die Atompolitik einer grundsätzlichen Überprüfung zu unterziehen.

Beide Bücher dienen einer sachlichen wissenschaftlichen Information und geben dem Kampf an der Atomfront wirksame Argumentationshilfe.

Erich Siefert

Chemiefarbenhersteller kontra Naturfarbenhersteller

Chemiefarben-Produzenten haben allem Anschein nach Grund, aggressiv gegen Naturfarben vorzugehen. Nachdem Naturfarben in Einzelbereichen schon ansehnliche Marktanteile erobert haben, wird eine, aus der Sicht der Naturfarbenhersteller unsachliche, sogenannte „Aufklärungsaktion zum Schutze der Verbraucher" geführt. Vom IBR wird dies als Beginn eines Vorgangs angesehen, der sich auch in anderen Bereichen wiederholen wird. Jetzt können und müssen sich Hersteller unbedenklicher Produkte von „schwarzen Schafen" trennen. Das Institut fordert darum die Kennzeichnung der Inhaltstoffe aller Produkte. Ein entsprechendes Produktdatenblatt wurde inzwischen vom IBR in Zusammenarbeit mit Herstellern entwickelt. Zum Unterschied von herkömmlichen Produktdatenblättern werden darin neben den üblichen Produktdaten auch gesundheitliche und ökologische Aspekte aufgeführt.

Diese Forderung erstreckt sich auch auf Produkte, die mit dem blauen „Umweltengel" ausgezeichnet sind. Von einem Großteil der Zeichen-Nutzer wird das Umweltzeichen zur behördlich gedeckten Täuschung der Verbraucher benützt. Dies ist nur möglich, weil das Vergabeverfahren erhebliche Lücken aufweist.

Weitere Informationen erhalten Sie beim Institut.

Institut für Baubiologie, Herr Uwe Rose, (IBR)
Heilig-Geist-Str. 54, 8200 Rosenheim,
Tel. 08031/17091.

Aus der Arbeit des COLLEGIUM HUMANUM

Forum geistiger Erneuerung

In einer Vielzahl von Wochenend-Seminaren und Symposien sind geisteswissenschaftliche und religiöse Themen Gegenstand eines freimütigen Austausches zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Anschauungsweise gewesen. Dabei wurde von den Teilnehmern solcher Veranstaltungen erklärtermaßen die freie Atmosphäre solcher Gespräche besonders geschätzt. Aus ihr allein ist nicht nur ein unbefangener Austausch zur gegenseitigen Kenntnisgabe verschiedener geistiger Erfahrungen und Ansichten möglich, sondern vor allem der Weg auf eine gemeinsame Zukunft, das heißt: auf eine Übereinstimmung in der Überzeugung von dem Menschen als einem geistigen Wesen, das Verantwortung für seine eigene Entwicklung als Individualität und Volk angesichts der Zukunft der Menschheit trägt, zugleich aber auch für die Erde als Lebensorganismus, dem wir gemeinsam angehören.

Diese Rückbindung („religio") zu den Wurzeln allen Seins ist uns allen gegeben und gemeinsam. Aus ihrer Bewußtwerdung kann neue Kultur wachsen, die, entsprechend der Verschiedenheit der unser Denken prägen den Sprachen, jeweils einen eigenen Charakter haben wird – so wie jede menschliche Individualität – aber sich dennoch zum Spektrum der Einen Menschheit vereinigt, die sich mehr und mehr über das Trennende hinweg ihrer Gemeinsamkeit bewußt wird.

Mag jede Lebenserscheinung – und auch Glaubensgemeinschaften sind eine solche – sich in eigener Weise entwickeln, jedem „Missions"-Eifer fern, wie er in der Geschichte so heillose Folgen hatte, so kann doch ein gemeinsamer geistiger „Humus" uns nähren, wie es der gleiche Wurzelboden des Waldes ist, der unterschiedliche Bäume und Blumen aus sich hervorwachsen und zu einem Ganzen gedeihen läßt. Das sollte Ziel und Hoffnung sein.

Folgende Religionsgespräche" zeigt das COLLEGIUM HUMANUM für das Jahr 1986 an. Sie stehen in einer inneren Folge, ohne daß die Teilnahme an einzelnen Veranstaltungen dadurch eingeschränkt würde:

I. Frühjahrs-Gespräch: 21.-23. Februar

Christliches Abendland – wo bist du?

mit Prof. Dr. Hubertus Mynarek (Theologe)
Dr. med. Holger Schleipp (Arzt)
Heinrich Schirmbeck (Schriftsteller)
Gerhard Josewski (Pädagoge)

Die Fragestellung: Woran ist das „christliche Abendland" gescheitert? Bedeutet eine „ökologische" Religion das Ende des Christentums? Steht das Christentum erst am Anfang?

II. Sommer-Gespräch 20.-22. Juni
(Sommersonnenwende)

Die Sonne – Spenderin des Lebens

mit Baldur Springmann (Öko-Bauer)
Georg Blattmann (Physiker und Pfarrer)
Werner Georg Haverbeck (Religionswissenschaftler und Volkskundler)

Die Fragestellung:
Ist die Sonne „mehr" als ein Gestirn, das Licht spendet? Wie erlebten und als was erkannten vorangegangene Kulturen die Sonne?
Welche physikalischen und geisteswissenschaftlichen Erkenntnisse von der Sonne stehen uns heute zur Verfügung?

III. Herbstgespräch 26.-28. September (Michaeli)

Was ist der Mensch?

mit Dr. med. Hermann Holtmannspötter (Arzt)
Dieter Bumiller (Pfarrer)
Prof. Dr. Werner G. Haverbeck

Wie gelangen wir zu einem Selbstverständnis des Menschen? Wie verstehen wir das Verhältnis von Mensch und Erde? Was sagt das Evangelium über das Menschwerden aus?

IV. Wintergespräch vom 21.-23. November („Totensonntag")

Schicksal – Krankheit – Tod und Wiedergeburt

mit Georg Blattmann (Naturwissenschaftler und Theologe)
Dr. phil. Hans Bubner (Biologe) angefragt
Dr. med. Hermann Holtmannspötter (Arzt)

Ist der Mensch Selbstgestalter seines Schicksals? Wie haben wir Krankheit zu verstehen und zu bewältigen? Ist der Tod nur ein Durchgang zu wiederholten Erdenleben?

Die Symposien werden vorbereitet und betreut von Werner Georg Haverbeck, die Gesprächsleitung hat Ursula Haverbeck-Wetzel.

Wünschenswert wäre eine fortgesetzte Teilnahme im Hinblick auf die Gesamtanlage der vier Jahresgespräche – sie ist aber auch voraussetzungslos möglich für die einzelnen Veranstaltungen.

Anmeldungen für das 1. Gespräch sind kurzfristig noch möglich.

Teilnahmepreis: DM 70,– für Unterbringung und Verpflegung
Seminarbeitrag: DM 50,– (Ermäßigung in Härtefällen möglich)

COLLEGIUM HUMANUM,
Bretthorststr. 204, 4973 Vlotho/Weserbergland

— — — — — — — — —

Ich melde mich an
zum I., II., III., IV. Religionsgespräch im CH

Name ____________________

Wohnort: ____________________

Straße: ____________________

Alter: ______ Telefon: ____________________

Ich wünsche Einzelzimmer/Doppelzimmer/
Ich bin bereit, als Einzelner im Doppelzimmer oder Dreibettzimmer zu schlafen.

Ich wünsche zur Vorbereitung Literaturangabe.

Gewünschtes bitte unterstreichen.
Diesen Abschnitt bitte einsenden an
COLLEGIUM HUMANUM,
Bretthorststr. 204, 4973 Vlotho/Weserbergland

Geschäftliche Empfehlungen

Gesundheit und Erholung

– INLAND –

„Kavaliersdelikt"

BERLIN. Die Gefahr einer galoppierenden Verfilzung von Hochschul- und Kapitalinteressen an West-Berlins Technischer Universität bleibt weiterhin akut. Zwar hat der in dieser Frage von konservativen Hochschullehrern zu einer Laiser-faire-Haltung gedrängte TU-Präsident Professor Manfred Fricke dem Akademischen Senat in der vorigen Woche einen Prüfungsbericht zu den Vorwürfen (FR vom 7.11.85: „Der Sitz der Firma liegt mitten in der Universität") der Studentenzeitschrift „Kassandra" vorgelegt, wonach die TU GmbH-Verflechtungen mit der Wirtschaft ohne Genehmigung des Präsidenten eingegangen werden und TU-Angestellte dabei ohne Nebentätigkeitsgenehmigung zugleich als GmbH-Geschäftsführer tätig sind.

Fricks vertrauliches 22-Seiten-Papier kommt aber zu dem vagen Ergebnis: „Beim Abschluß eines Kooperationsvertrages muß auf diese klare Trennung der Interessen in Fragen der Raumausnutzung ebenso geachtet werden wie auf eine gründliche Prüfung der Interessenlage der Technischen Universität. Der Abschluß von Verträgen in sensiblen Bereichen ist ausschließlich dem Präsidenten vorbehalten."

„Kassandra" warf Fricke daraufhin vor, den Mißbrauch öffentlicher Einrichtungen für private Interessen mit seinem Bericht eher verdunkelt als erhellt zu haben. Die TU-Reformfraktion sah sich in ihrer Vorahnung bestätigt, daß „der Präsident nicht ernsthaft untersuchen wird, welche Praktiken bei der Zusammenarbeit von TU-Stellen mit der Industrie über private Firmen vorgekommen sind. Vielmehr ist der gesamte Bericht davon gekennzeichnet, daß Unregelmäßigkeiten nur dort zugegeben werden, wo diese ohnehin praktisch schon bewiesen sind, und daß diese durch ihre Wertung zu Kavaliersdelikten erklärt werden."

Frankfurter Rundschau 23.1.86



Abdruck mit Quellennachweis erwünscht.

Herausgeber, Verleger: COLLEGIUM HUMANUM + WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, Bundesverband Deutschland e.V., Bretthorststraße 221 · 4973 Vlotho · Telefon 057333/7330
Bankverbindung: Volksbank Vlotho e.G. Kto.-Nr. 15556300 (BLZ 49062112) · Postscheckkonto Hannover Nr. 2949-307
Schriftleitung: Ernst O. Cohrs, 2720 Rotenburg/Wümme, Postfach 1165, Am Bahnhof, Telefon 04261/3106
Anzeigen: Frieda Klinksiek-Jonigkeit, Bretthorststraße 221, 4973 Vlotho, Telefon 05733/7330
Bezugsgebühr: jährlich 20,– DM einschl. 6,5% MWSt. Erscheint einmal monatlich.
Druck: Deppe + Hölscher-Druck · Buch- + Offsetdruck · Lange Straße 94 · 4973 Vlotho · Telefon 05733/5010
Umweltschutzpapier aus 100% Altpapier – hergestellt ohne Gewässerbelastung, Bleichung oder Färbung.